

Beschluss des Landrats vom 24.06.2021

Nr. 1016

43. Armutsstrategie III: Einführung von «Wärmestuben» im Kanton Baselland 2020/501; Protokoll: bw

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab.

Pascale Meschberger (SP) kann sich vorstellen, dass das Postulat einigen Landratsmitgliedern exotische erscheine. Zugegebenermassen sind nicht sehr viele Menschen im Kanton betroffen. Das Thema «Extreme Armut» erfuhr aber gerade in den letzten Monaten und Jahren grosse mediale Aufmerksamkeit. Es dürfte allen im Saal klar sein, dass es viele Menschen gibt – auch aus dem Baselbiet und nicht nur aus Basel-Stadt –, die auf der Strasse leben. Frauen leben seltener auf der Strasse, aber dennoch gibt es einige, die obdachlos sind.

Was soll mit diesem Postulat erreicht werden? Man soll prüfen, was den Menschen fehlt, die durch sämtliche soziale Netze gefallen sind. Eine humanitäre Gesellschaft hat die Verantwortung, auch diese Menschen zu unterstützen. «Wärmestuben» ist ein Oberbegriff. Wie das ausgestaltet wird, ist offen. Sie bieten eine gute Möglichkeit, diejenigen zu unterstützen, die durch die sozialen Maschen gefallen sind, und diese Menschen wieder in unsere Gesellschaft zu integrieren. In den Wärmestuben gibt es regelmässig warme Mahlzeiten und nicht nur einmal im Monat oder in der Woche. Sie können auch als Treffpunkt dienen, und die Menschen können dort allenfalls materielle Hilfen erhalten oder sich gestalterisch oder gärtnerisch betätigen.

Bei diesem Vorstoss handelt es sich lediglich um ein Postulat mit der Bitte, zu prüfen und zu berichten. Die Aussage, es sei in den letzten Jahren diesbezüglich keine Anfrage an den Kanton erfolgt, wirkt befremdlich. Es ist bekannt, dass es durchaus Menschen und Organisationen gibt, die im Baselbiet solche Angebote eröffnen würden, allerdings fehlt die finanzielle Unterstützung, und ein solches Unterfangen ist nicht günstig. Ein weiterer Grund, weshalb sich vielleicht niemand gemeldet hat: Die Betroffenen fielen bereits durch sämtliche sozialen Netze und gehen somit auch nicht mehr zum Sozialdienst in ihrer ursprünglichen Gemeinde. Deshalb sieht das KSA vielleicht keinen Handlungsbedarf. Heute sind die meisten Betroffenen in Basel zu finden. Dort sind sie natürlich anonym und finden eine gute Versorgung vor. Aber Achtung: Diese Versorgung wird für die Baselbieterinnen und Baselbieter schlechter, denn Basel-Stadt lehnt Ausserkantonale langsam ab. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: Entweder man hilft in Basel-Stadt finanziell mit oder man schaut, ob im Kanton Basel-Landschaft ähnliche Angebote aufgebaut werden können. Vorstellbar ist eine Zusammenarbeit mit den bestehenden Institutionen, denn es muss ja nicht alles neu erfunden und aufgebaut werden. Eine Möglichkeit sind auch Leistungsvereinbarungen. Leider fehlen in Baselland ja die Mäzene und Mäzeninnen, welche die Stadt hat. Sponsorinnen und Sponsoren werden wohl kaum gefunden, auch wenn man sagen muss, dass ganz viel tolle Arbeit geleistet wird, gerade von kirchlichen Institutionen. Natürlich bräuchte es juristische Grundlagen, damit sich Interessierte überhaupt melden können und das Angebot auf Ebene Kanton besteht. Die Gemeinden haben kein Interesse daran, für viel Geld eine Wärmestube aufzubauen, die Obdachlose aus vielen Gemeinden beherbergt und die dann eine Gemeinde allein bezahlt. Es wird vermutlich vorläufig auch keine Regionen geben, die so etwas zusammen aufbauen. Der Kanton soll das Bedürfnis abklären und Probeläufe an möglichen Standorten durchführen.

Pascale Meschberger sieht geringe Chancen, dass das Postulat überwiesen wird. Es wäre aber schön, würde der Kanton Basel-Landschaft überraschen und einen fortschrittlichen Schritt in diese Richtung gehen.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) betont, dass Gemeinden alleine keine Wärmestuben betreiben können und wollen. Andernfalls hätten sie dies bereits längststens getan. Sie haben sicher wenig Interesse daran, für ganz wenige Personen aus der eigenen Gemeinde ein solches Angebot aufzubauen. Darum ist es der Grüne/EVP-Fraktion ein Anliegen, dass der Kanton den Lead und die Verantwortung für eine Bedarfsabklärung übernimmt. Die Verantwortung nur nach Basel-Stadt abzuschieben, ist nicht haltbar. Es ist wichtig, dass der Regierungsrat den Bedarf und Standortmöglichkeiten evaluiert. Es wird nicht verlangt, dass der Kanton Wärmestuben selbst betreibt, aber ohne seine Unterstützung und Koordination sind solche Angebote kaum möglich. Pascale Meschberger hat eine Mitfinanzierung oder ein eigenes Angebot vorgeschlagen – über diese Möglichkeiten soll die Evaluation genauer Auskunft geben können. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats.

Peter Riebli (SVP) freut sich im Namen der ganzen SVP-Fraktion unheimlich, dass der Regierungsrat wieder einmal eine Empfehlung an den Landrat abgibt, welche die Fraktion zu 100 % nachvollziehen kann. Die Ablehnung des Regierungsrats wird vorbehaltlos unterstützt. Auf den zwei Seiten wird sehr ausführlich begründet, weshalb dies keine Kantonsaufgabe ist. Schon gar nicht ist ein künstliches Angebot für etwas zu schaffen, wofür es bislang keine Nachfrage gab. Am Ende des Tages wäre es eine Gemeindeaufgabe. Die Gemeinden sind nahe bei ihren Menschen. Wenn Bedarf besteht, wurde dieser bislang in den Gemeinden anders befriedigt, als dass offizielle Wärmestuben eingerichtet worden wären. Die SVP-Fraktion sieht Lösungen weiterhin auf Stufe Gemeinde und nicht als Aufgabe des Kantons. Die SVP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats einstimmig ab.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) macht es kurz: Die CVP/glp-Fraktion schliesst sich der Haltung des Regierungsrats an. Es ist sicherlich nicht Aufgabe des Kantons, für Wärmestuben zu sorgen. Wenn die Gemeinden das machen wollen, können sie sich zusammenschliessen. Selbstverständlich können sie aber nicht dazu gezwungen werden.

Sara Fritz (EVP) ist Vorstandsmitglied der Winterhilfe Baselland und weiss darum, dass es nicht so einfach ist, wie es der Regierungsrat sagt. Der in der regierungsrätlichen Stellungnahme genannte Verein «Soup & Chill» ist ihr gut bekannt. Ein beträchtlicher Teil der Gäste dieses Vereins stammt aus dem Baselbiet. Eine entsprechende Statistik wird geführt. Es gibt also durchaus Baselbieterinnen und Baselbieter, die – wahrscheinlich auch mangels Möglichkeiten im Baselbiet – nach Basel-Stadt ausweichen. Zu sagen, es gebe keine Nachfrage, ist ein Hohn. Dazu ist zu sagen, dass es sich um sehr vulnerable Personen handelt, die nicht nach Angeboten schreien, sondern sich das suchen, was es gibt. Da es in Baselland nichts gibt, gehen sie nach Basel-Stadt. Es ist aber ein Armutszeugnis für unseren Kanton, wenn die armen Leuten einfach nach Basel-Stadt geschickt werden und man dann das Gefühl hat, das Problem sei gelöst. Der Vorstoss soll überwiesen werden.

Linard Candreia (SP) hält das Anliegen von Pascale Meschberger für christlich. Sich für Menschen zu engagieren, die sich nicht auf der Sonnenseite des Lebens befinden, ist christlich. Linard Candreias Vorfahren waren arm. Sein Vater musste als Kind aus einer armen Familien jeweils sonntags noch ärmeren Kindern eine warme Suppe bringen. Die Armen solidarisieren sich mit den noch Ärmeren. Was machen wir, die wir ja «reich» sind, im Jahr 2021? Erst recht muss man sich engagieren und abklären, was für eine bessere Würde der Armen im Kanton getan werden kann. Der Kanton ist der richtige Ort und das Postulat ist das geeignete Instrument. Wer klärt dies sonst? Gemeinden und Regionen wohl kaum. Der Landrat ist in der Pflicht.

://: Mit 38:35 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

